



Günter Traxler

der kommentar

AK-Präsident Czettel sprach ein starkes Wort gelassen aus, als er Dienstag das Verhalten des OAB in Sachen AK-Gesetz als „politische Perversität“ bezeichnete. Er meinte damit dessen Marsch zum Verfassungsgerichtshof auf ein Gesetz, das die OVP scheinbar, 1954, mitgebracht hat, gegen das man bei etlichen Novellierungen keinen Einwand hatte — und dessen Aufhebung wegen Verfassungswidrigkeit bei denen, die es mitteilt haben, nun hässliche Freude auslöst. Sehr logisch scheint das nicht, man könnte aber die Urheber dieses Vorgehens noch damit entschuldigen, daß sie sich ausrechneten, sie könnten auf diese Weise auch einmal einen Präsi-

drahtziehen. Und so soll es bleiben. Als es dieser Tage um das Memorandum des Arbeiterkammerorgans an die Bundesregierung ging, versuchten sie schon wieder ihr Mäntelchen nach einem Wind zu hängen, von dem sie nicht recht wußten, woher er wehte. Erst erhoben die OAB-Männer einige Einwände gegen den Entwurf. Die wurden aber denksichtig. Dann erklärten sie, sie könnten nicht dem Ganzen zustimmen; wo es um die Bankenpolitik und um die Schule geht, wären die Auffassungsunterschiede zu groß. Auch das wurde akzeptiert. Dienstag plötzlich lehnten sie eine Abstimmung darüber überhaupt ab und wollten nur eine Kenn-

Nur noch wirr

den des Arbeiterkammerorgans stellen. Der einzige AK-Präsident aus den Reihen der OVP hat dies aber erst vor einigen Tagen fast mit Entrüstung zurückgewiesen: Selbstverständlich sei er gegen eine Rotation des Präsidentenamtes unter den Präsidenten der Länderkammer, vielmehr halte er eine Wahl für die richtige Vorgangsweise, sagte Jäger. Wobei auch ihm klar ist, daß er bei einer Wahl ebenso große Chancen hat, Präsident zu werden, wie jetzt, wo der Präsident der Wiener Arbeiterkammer automatisch auch Präsident des Arbeiterkammerorgans ist. Wie in der OVP gelogen wird, geht freilich aus der Aussendung des OVP-Pressendienstes vom 19. Juni dieses Jahres hervor, wo es wörtlich heißt: „Die ÖVP verlangt, daß der Kammerpräsident im Turnus abwechselnd von den Kammern der neun Bundesländer gestellt wird.“ Damals erbrachte die OVP einen Verstoß gegen das bundesstaatliche und gegen das Gleichheitsprinzip darin, daß der Wiener Präsident für ganz Österreich sprechen kann. Eben das wird er aber auch weiterhin tun, wenn er, wie zu erwarten ist, wie es aus organisatorischen Gründen wahrscheinlich ist, künftig zum Präsidenten des Arbeiterkammerorgans gewählt wird — nun ganz im Sinne Jägers, wenn auch nicht im Sinne des OAB vom Juni. Unersforschlich sind die Wege einiger

Annahme, angeblich, weil sie keine Zeit gehabt hätten, das Memorandum zu studieren. Tatsächlich wurde der Entwurf den Länderkammern am 30. Oktober vorgestellt — die Voralberger Kammer unter Präsident Jäger hat keinen Einwand erhoben. Ein Forderungspaket für die nächsten fünf Jahre muß aber abgestimmt werden — und da lehnte der OAB alles (außer den einleitenden Absätzen) ab. Kaum hatte er aber abgelehnt, meldete sich über den OVP-Pressendienst Abgeordneter Keimel zu folgendem Wort: „Arbeiterkammer jetzt auf ÖVP-Linie“ und: Die ÖVP begrüße es, daß sich nach langem Zögern auch die Arbeiterkammer in einem Memorandum an die Bundesregierung für eine baldige Steuerreform ausspricht.“ Abgelehnt hat der OAB, der sonst immer behauptet, ÖGB und AK machen der Regierung die Mauer, auch die Forderung nach einem mehrjährigen Budgetkonzept, nach einem gesamtösterreichischen Verkehrskonzept, nach einem Abbau des Budgetdefizits, um nur einiges zu nennen. Czettels Wort von „politischer Perversität“ ist vielleicht doch übertrieben. Wenn eine Opposition vom Verfassungsgerichtshof Gesetze aufheben läßt, die sie selbst eingebracht hat, wenn sie Memoranden mit ihren eigenen Forderungen gleichzeitig ablehnt und begrüßt, ist das vielleicht pervers. Aber noch politischer?

1980 525 Mill. für Umschulung
Weißenberg: Erwachsenenbildung sichert Beschäftigung

WIEN (SK). Österreichs Beschäftigungsrekord ist nicht nur ein Verdienst der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, sondern auch eines der beruflichen Erwachsenenbildung, betonte Dienstag Sozialminister Weißenberg bei einem Seminar anlässlich des 20jährigen Bestandes des Berufsbildungsinstituts. Allein zwischen 1951 und 1971 sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von einer Million auf 428.000, hingegen gab es in den Fremdenverkehrsberufen einen Zuwachs um 89 und in den Büro- und Verwaltungsberufen um 50 Prozent. Das Sozialministerium trug diese Entwicklung im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes Rechnung: Für Um- und Weiterbildungen wurden 1970 32,5 Millionen Schilling aufgewendet, 1978 400 Millionen. Für 1980 sind dafür 525 Millionen Schilling vorgesehen. 1970 wurden knapp 22.000 „Umschüler“ gefördert, 1978 waren es

bereits 73.000. Die Arbeitsmarktvorsicht hat seit 1974 allein für Ausbildungseinrichtungen 265 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, erklärte Weißenberg, davon gingen 129 Millionen an das BFI. SP-Abgeordnete Hilde Hawliczek wies darauf hin, daß es heute zwar bereits mehr AHS-Schülerinnen als Schüler gibt, daß 42 Prozent der Studienanfänger Mädchen sind und mehr Mädchen einen Beruf erlernen, daß aber dennoch der Anteil der Hilfsarbeiterinnen noch immer erschreckend hoch ist und viel weiter über dem der Männer liegt. Es sei auch wichtig, bei den unteren Sozialschichten mehr Bildungsbewußtsein zu schaffen.

Ländle gegen „Beamtenregelung“ für Mandatäre

BREGENZ. (apa). Die drei Vorarlberger Landtagsparteien haben sich Dienstag gegen eine zwangsweise Freistellung eines Bundesbediensteten — wie dies auf Bundesebene vorgeschlagen wurde — ausgesprochen, wenn dieser auch Abgeordneter des Landtags ist. Man kam zu der einstimmigen Auffassung, ein Landtagsabgeordneter sollte über sein Verlangen auch weiterhin aktiver Bundesbediensteter bleiben dürfen.

AZ — Arbeiter-Zeitung, Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs. Eigentümer: SPO. Herausgeber und Verleger: Soz. Verlag GmbH. Chefredakteur: Dr. Manfred Scheuch. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hans Keller, Wien 2, Roßbühl 97. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vertrieb“ AG, Telegraphen 55 54 18. 52 Post-Abt.-Abteilung Telegraphen 52 54 96. Einzelhefte Textausgaben sind mit Anzeigen, p. r. (Public Relations) oder mit + gekennzeichnet.

Opposition ohne Budgetalternative

Für die obersten Organe gibt der Bund 1980 um 20 Millionen weniger aus als 1979

WIEN (AZ). Zum Budget 1980, das dem Nationalrat seit vier Wochen vorliegt, wurde bisher noch keine ernsthafte Alternative angeboten, und es ist auch nicht zu erwarten, daß dies in den nächsten vier Wochen bis zur Endabstimmung im Parlament geschehen wird, stellte SPO-Klubobmann Fischer Dienstag anlässlich des Beginns der Budgetberatungen fest.

Die sozialistische Parlamentsfraktion betrachte den Budgetentwurf als wahlrechtlich und richtete an die Opposition die Aufforderung, in diesem Zusammenhang auch die Aussagen von Nationalbankpräsident Koren zu beachten, der erst vor wenigen Tagen festgestellt hat, daß auch eine andere Regierung in den grundsätzlichen Fragen der Währungs-, Wirtschafts- und Stabilitätspolitik kaum darauf verzichten könnte, die Vollbeschäftigung anders als durch Investitionen und arbeitsmarktsichernde Maßnahmen, die auch zur Staatsverschuldung beitragen haben, zu sichern. Insgesamt sieht der Bundesvorsitz für 1980 Ausgaben von 302 Milliarden, Schilling und Ein-

nahmen von 253 Milliarden vor. Traditionsgemäß begann der Finanz- und Budgetausschuß seine Beratungen mit der Budgetgruppe „Oberste Organe“, für die im kommenden Jahr 620,5 Millionen Schilling veranschlagt sind, 20 Millionen Schilling weniger als im abgelaufenen Jahr. 29,9 Millionen entfallen auf die Präsidenschaftskanzlei, 400,4 Millionen auf die Bundesgesetzgebung, 22,3 Millionen auf den Verfassungsgerichtshof, 49,1 Millionen auf den Verwaltungsgerichtshof, 13,8 Millionen auf die Volkswirtschaftsamt und 104,9 Millionen auf den Rechnungshof. Alle drei Parteien unterstützen diesem Budgetkapitel in zweiter Lesung zu. SPO-Klubobmann Fischer schlug

vor, das Parlament an das EDV-Datensystem des Statistischen Zentralamtes anzuschließen, um den Abgeordneten die gleichen Informationen zu geben, die in diesem Bereich durch den Regierungsmittlern zur Verfügung stehen. Zur Kritik mancher Abgeordneter der Opposition, daß die Budgetausgaben für die obersten Organe — insbesondere National- und Bundesrat — nicht hoch genug seien, meinte Fischer, daß auch der Nationalrat selbst die Pflicht zur Sparsamkeit habe. Der Obmann des Finanz- und Budgetausschusses, der SP-Abgeordnete Tull, kritisierte Dienstag im Zusammenhang mit den Budgetberatungen den Rechnungshof. Während die Regierung für 1980 ein Sparbudget vorgelegt hat, gewährt der Rechnungshof seinen höchsten Beamten nun zu ihrem Gehalt noch außerdem ein persönliches Autopauschale von 1500 Schilling im Monat.

Zweifel an Gesprächsbasis mit ÖAAB

SP-Fraktion beschließt AK-Memorandum an Regierung — „Politische Perversion“

WIEN (AZ). Angesichts der Haltung der ÖAAB-Fraktion zum AK-Gesetz und zum Memorandum des Arbeiterkammerorgans an die Bundesregierung müsse man sich überlegen, ob es sinnvoll sei, noch gemeinsame Gesetzesentwürfe einzubringen und ob es überhaupt noch eine Gesprächsbasis gebe, stellte AK-Präsident Czettel Dienstag nach der AK-Hauptversammlung fest, in der der ÖAAB das Arbeitsprogramm für die neue AK-Funktionsperiode mit Ausnahme des ersten Absatzes abgelehnt hat.

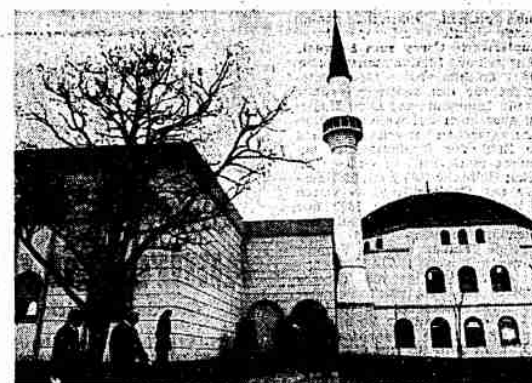
Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zum AK-Gesetz bezeichnete Czettel als problematisch, die Begründung scheint ihm weit hergeholt. Das Verhalten der ÖVP, die ein Gesetz vor das Höchstgericht brachte, das sie im Parlament selbst initiiert hat, nannte er eine politische Perversion. Es gebe im ÖAAB Leute, die auch in den Arbeiterkammern verankert und kooperationsbereit sind. Anders wiederum, die außerhalb der Arbeiterkammern stehen, seien nicht zur Zusammenarbeit bereit. Der ÖAAB war insbesondere gegen jene Passagen des Memorandums, in denen die Fortsetzung der Schulverschulung zur „Integrierten

Gesamtschule“ und neue Konzepte für die verstaatlichten Banken gefordert werden. Nun führt er sich nicht an das Papier gebunden, der ÖVP-Abgeordnete Keimel begrüßte es indes Dienstag im ÖVP-Pressendienst mit den Worten, die AK sei nun auf ÖVP-Linie. ÖGB-Vizepräsident Gassner war der Hauptversammlung ferngeblieben. Bei der Forderung nach einer Steuerreform so bald wie möglich habe man bewußt keinen Termin genannt. 1980 könnte ein kritisches

Jahr werden, was später sein wird, wisse man noch nicht, sagte Czettel. Von der Forderung der SP-Frauen nach einem 6-Stunden-Tag halte ich nichts, betonte der AK-Präsident. Es handle sich dabei um eine Form der Teilzeitbeschäftigung, und das sei derzeit noch ein sehr problematischer Bereich. Die Menschen würden bei dieser Beschäftigungsform stärker ausgenutzt, daher seien andere Verkürzungen der Arbeitszeit vorzuziehen. Ein steuerlicher Anreiz analog zum Kfz-Pauschale für Menschen, die regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel benutzen, wird derzeit in der AK diskutiert. Möglich wäre eine Bonusmarke, doch seien noch umfangreiche Studien notwendig. Bester Termin dafür wäre die Einführung des Verkehrsverbundes Wien-Niederösterreich.

Löschnak: „Populistische“ Haltung von AAB und FCG

WIEN (SK). Vor Beamten des Landesgendarmeriekommandos Steiermark nahm Staatssekretär Löschnak Montag in Graz zur vorstehenden Personalvertretungswahl Stellung und verwies dabei auf die positive Entwicklung im öffentlichen Dienst, insbesondere in der Exekutive. Löschnak warf bei dieser Gelegenheit dem ÖAAB und der Fraktion christliche Gewerkschafter eine „populistische Haltung“ vor, da sie sich als die einzigen Schützer des Berufsbeamtenums aufspielen und die Bundesregierung immer wieder auffordern, sich zum Beamtenum zu bekennen. Dabei werde vergessen, daß erst im Juni im Nationalrat ein neues Beamtendienstrecht beschlossen wurde, mit dem sich die Bundesregierung und in der Folge das Parlament voll zum Berufsbeamtenum bekannt hat.



Symbol der Versöhnung und neues Wahrzeichen Wiens: Die neue Moschee

Erste Moschee Österreichs und Islamisches Zentrum eröffnet

WIEN (apa). Wien hat ein neues Wahrzeichen: Dienstag wurde das islamische Zentrum eröffnet und die nach Mekka ausgerichete erste Moschee Österreichs, deren 32 Meter hohes Minarett weithin sichtbar ist, eingeweiht. Der feierlichen Eröffnung wohnten auch Bundespräsident Kirchschlager, Bundeskanzler Kreisky, Wiener Bürgermeister Gratz und Saudi-Arabiens Unterrichtsminister bei.

Das nahe der UNO-City gelegene islamische Zentrum, dessen Bau Saudi-Arabien finanziert hat, besteht aus einer im türkisch-islamischen Stil errichteten großen Kuppelmoschee, in welcher die Gebete am Freitag stattfinden, einer Koranschule, einem Versammlungsraum und einer Wohnung für den Imam. Kirchschlagers Verspruch als Bundespräsident dem islamischen Zentrum den vollen und uneingeschränkten Schutz der Republik Österreich und ihrer Behörden. Als Christ sei es sein innigster Wunsch, daß die Christen in Österreich diesem Haus mit Hochachtung begegneten und daß gleiches den christlichen Kirchen in den islamischen Ländern widerfahre.

Bundeskanzler Kreisky sah in dem islamischen Zentrum einen symbolischen Charakter für die neuen Aufgaben Wiens als Sitz internationaler Organisationen und als Veranstaltungsort großer Kongresse. Es sei zugleich ein Unterpfand der guten Beziehungen zwischen Österreich und der islamischen Welt. Diesem Zentrum und dieser Moschee werde Jener Schutz zuteil werden, den sie als Zeichen und Symbol der Versöhnung zwischen den Völkern verdient. Derzeit leben in Wien etwa 15.000 Gastarbeiter vor allem aus Jugoslawien und der Türkei und fast 2000 Studenten, die sich zum Islam bekennen, erklärte Bürgermeister Gratz. Für diese Menschen, ebenso wie für Hunderte Mitarbeiter von Botschaften, Handelsvertretungen und internationalen Organisationen sei der Bau der Moschee eine „dringende Notwendigkeit“ gewesen.

Der Eröffnungstag fiel übrigens mit dem ersten Tag des Jahres 1400 nach islamischer Zeitrechnung zusammen. Obwohl Frauen im Prinzip bei der Eröffnung der Moschee nicht erwünscht waren, wurde die Anwesenheit einiger vereinzelter Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts — vor allem unter den Journalisten — ohne Abwehr elegant hingenommen.

Mediengesetz: Einwände werden geprüft

WIEN (AZ). Nach einem ersten Gespräch mit Justizminister Broda über das neue Medienrecht habe er vereinbart, daß die verschiedenen Beschwerden noch einmal geprüft werden, kündigte Bundeskanzler Kreisky Dienstag nach dem Ministerrat an. Das bedeute aber keineswegs, daß er sich, wie manche Zeitungen geschrieben haben, eingeschaltet habe, um Minister Broda zu bremsen, sondern es wird immer geprüft, wenn Staatsbürger „Einwände“ haben. Einerseits wollen die Herausgeber ein neues Mediengesetz, dann wieder werde er von ihnen gegen den ORF-Intendanten zu Hilfe gerufen, der nach Meinung der Herausgeber in ihren Bereich eingreife, meinte Kreisky. „Und schließlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage der neuen elektronischen Medien. Die ganze Medienlandschaft sei in Bewegung geraten, und man werde alles „ohne Hast und in Ruhe“ prüfen. Auf eine Frage wies Kreisky die Kritik an Außenminister Pahr zurück, weil dieser in Prag einen Dissidenten nicht selbst empfangen habe. „Der Minister hat sich völlig richtig verhalten.“